

Dillenburg Nachrichten

mit Illustrierter Gratis-Bellage „Neue Lesehalle“.

— Unabhängiges Organ —

der werktätigen Berufsclassen in Stadt u. Land, des gewerblich. u. kaufmännischen Mittelstandes, der Beamten, der Landwirtschaft sowie des Arbeiterstandes.

Erscheinen an allen Wochentagen. — Bezugspreis vierteljährlich mit Botenlohn 1,75 Mk., durch die Post bezogen 1,90 Mk., durch die Post ins Haus geliefert 1,92 Mk.

Verlag u. Exped. Dillenburg, Haigererstr. 9.

Preis für die einseitige Beilage oder deren Raum 15 Pfg., Bekanntheit pro Seite 40 Pfg. Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Druck v. Emil Anding, Buchdruckerei, Herborn.

Nr. 112.

Donnerstag, den 14. Mai 1914.

8 Jahrgang.

Der Bedürfnisnachweis im Schankgewerbe.

Dem Reichstage war nicht lange vor Beginn der Arbeiten der Entwurf einer Novelle zur Gewerbeordnung vorgelegt worden, der in seinem ersten Artikel eine neue Fassung des § 33 bietet. Fast alle Bundesregierungen hatten schon von den bisherigen Bestimmungen seines Abfuges Gebrauch gemacht, demzufolge die Erlaubnis zum Ausschank von Branntwein bzw. zum Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus allgemein, die Betriebe der Gastwirtschaft bzw. zum Ausschank von Wein, Bier oder anderen geistigen Getränken in Ortschaften mit weniger als 15 000 Einwohnern sowie in solchen Ortschaften mit einer größeren Einwohnerzahl, für welche dies durch Ortsstatut festgesetzt wird, von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig sein soll.

Da nun die Überzeugung von der Notwendigkeit und Nützlichkeit des Bedürfnisnachweises als einer Vorbedingung zur Erteilung der Erlaubnis zum Gewerbebetrieb in der durch die jetzige Gesetzgebung zugelassenen Ausdehnung fast allgemein besteht, würde es sich, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ halbamtlich schreibt, ohne weiteres umsetzen, den Bedürfnisnachweis in dem bestehenden durch Reichsgesetz obligatorisch zu machen. Nach dem mit der statistischen Einführung des Bedürfnisnachweises gemachten Erfahrungen erscheinen jedoch weitere Maßnahmen in dieser Richtung „angezeigt und zweckmäßig“.

Nach den Mitteilungen des Statistischen Amtes der Reichsregierung hatten 1898 in Deutschland von 260 Gemeinden mit mehr als 15 000 Einwohnern 195 den Bedürfnisnachweis durch Ortsstatut eingeführt und nur 65 hatten davon abgesehen. Von den 30 Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern hatten 16, von 33 Gemeinden mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern 23, von 28 Gemeinden mit 40 000 bis 50 000 Einwohnern 22 und von 169 Gemeinden mit 15 000 bis 40 000 Einwohnern 134 ein Ortsstatut. Eine für den 1. Januar 1905 von der Stadt Köln veranlaßte Feststellung ergab, daß von den nunmehr 40 deutschen Großstädten 27 ein Ortsstatut hatten, 13 nicht.

Größtenteils waren auch die Erfahrungen der Städte hinsichtlich des Ortsstatutes befriedigend, und insbesondere wurde die „wünschenswerte“ Verminderung der Schankstellen vielfach erreicht. Dagegen wird gerade in solchen Städten, in denen ein Ortsstatut nicht besteht, ein Uebermaß von Schankstellen beklagt, und in vielen von diesen werden, in denen der Erlaß eines Ortsstatutes beraten worden war, scheiterte die Regelung nicht immer aus sachlichen Gründen. Deshalb wird in der Vierteljahrschrift „Die Alkoholfrage“ auf Grund einer Anzahl von Gutachten aus Städten, die den Bedürfnisnachweis durch Ortsstatut eingeführt haben, die reichsrechtliche Neuordnung der Bedürfnisfrage befürwortet, damit es kommunalpolitischen Kämpfen in den Städten mit 15 000 und mehr Einwohnern zu entziehen.

Mit Aufhebung des Rechts der größeren Gemeinden, den Bedürfnisnachweis erst dann einzuführen, wenn dies durch Ortsstatut beschlossen ist, und mit der reichsgesetzlichen Festlegung dieses Nachweises für den Betrieb der Gastwirtschaft und den Ausschank von geistigen Getränken, wird dem Ueberhandnehmen der sogenannten halben Konzessionen von Bier beschränkter Konzessionen, deren Zahl das vorhandene Bedürfnis weit übersteigt, Einhalt getan werden können. Liegt doch hier einer der Hauptgründe für das Bestehen zahlreicher Anmietkneipen, da die Inhaber durch die starke Konkurrenz gezwungen werden, ihren Lokalen durch besondere auf jede nur mögliche Weise zu erhöhen.

Erfahrungsgemäß hat endlich die Erteilung der halben Konzession ein stetes Drängen der Schankwirte, die sich der halben Konzession nicht halten können, auf Erteilung der vollen Konzession zur Folge, dem die Konzessionsbehörden nicht immer genügenden Widerstand entgegenzusetzen. Die halben Konzessionen bilden außerdem nur den Uebergang zur Branntweinkonzession.

Aus allen diesen Gründen, und da auch bei den Schankstellen, die lediglich nichtgeistige Getränke verabreichen, sich dieselben Uebelstände bemerkbar gemacht haben, wie bei den Bierauschankstellen, schlägt der Entwurf vor, die Erlaubnis sämtlicher im § 33 der Gewerbeordnung bezeichneten Betriebe von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig zu machen. Mag nun auch die Einführung über die Bedürfnisfrage in großen Städten als einmalige Schwierigkeiten verbunden sein und mehr als einmal zu Willkürlichkeiten führen, so sind diese Schwierigkeiten, wie das Beispiel vieler großen Städte zeigt, doch zu überwinden.

Sowohl vom Gesichtspunkte der allgemeinen Gesundheit und Sittlichkeitsinteressen, die eine Einschränkung der Zahl der Wirtschaften und jedenfalls eine Hemmung ihrer weiteren Vermehrung dringend wünschenswert erscheinen lassen, als auch im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung des Gast- und Schankwirtschaftswesens muß die Entscheidung über die Erlaubnisverteilung in der Hand der Wirtschaften gegeben werden, nach freiem Ermessen die Möglichkeit gegeben werden, für die ein Bedürfnis nicht vorhanden ist, zu verhindern.

Schlüssig sei noch erwähnt, daß sich mit der Einführung des allgemeinen Bedürfnisnachweises viele Interessentenverbände, insbesondere auch der Bund Deutscher Gastwirte, einverstanden erklärt haben.

Deutsches Reich.

Soj und Gesellschaft. Der Kaiser traf am Montag gegen Mittag, von Braunschweig kommend, in Meß ein, nahm die Parade des Königs-Infanterieregiments Nr. 145 in Montign ab und besichtigte die Befestigungswerke der westlichen und nordwestlichen Forts. Am Dienstag fand in der Gegend von Mars eine große Truppenübung statt mit anschließendem Vorbeimarsch, an der der größte Teil des 16. Armee-Korps und die 8. bayerische Infanteriebrigade teilnahmen. Nach Beendigung der Übung erfolgte die Weiterfahrt des Kaisers nach Diedenhofen zur Besichtigung der dortigen Befestigungswerke.

Zum Tode der Gattin des Reichskanzlers trafen aus allen Teilen des Reiches unzählige Beileids-telegramme und Kondolenzschreiben am Reichskanzlerpalais ein, so vom Kaiser und vom Kronprinzenpaar, den übrigen Prinzen, allen deutschen Bundesfürsten und von vielen Souveränen und Staatsoberhäuptern der fremden Staaten. Die Kaiserin sprach später persönlich im Reichskanzlerpalais vor, um dem Reichskanzler ihr Beileid auszudrücken; sie verweilte einige Zeit im Sterbezimmer und legte dort Blumen nieder. Auch Reichstag und Landtag sprachen dem Kaiser ihre Teilnahme aus. Die halbamtliche „Nordd. Allg. Ztg.“ widmet der Heimgegangenen einen längeren Nachruf, desgleichen auch die offiziellen Organe der Bundesstaaten und der verbündeten Mächte. — Die Trauerfeier für die Verstorbene ist auf Mittwoch 12 Uhr im Reichskanzlerpalais, die Beerdigung auf Donnerstag 2½ Uhr von der Kirche in Hohenfinow aus festgesetzt. Der Kaiser will sich bei der Trauerfeier durch den Prinzen Eitel Friedrich vertreten lassen.

Der Arbeitsplan des Reichstages hat infolge des Todes der Frau des Reichskanzlers infolgedessen eine Änderung erfahren, als den Etat des Auswärtigen Amtes Staatssekretär von Jagow und den des Reichskanzlers dessen Stellvertreter, Staatssekretär Dr. Delbrück, vertreten werden. Der Kanzler dürfte seine Darlegungen zur auswärtigen Politik anlässlich der dritten Lesung des Etats machen.

Die Gefährdung der Besoldungsnovelle. In Reichstagskreisen hat man jetzt, wie der „Berl. Vol.-Anz.“ zu melden weiß, die Hoffnung nahezu aufgegeben, daß es hinsichtlich der Besoldungsnovelle noch zu einer Verständigung zwischen der Regierung und der Reichstagsmehrheit kommen könne. Während die anderen bürgerlichen Parteien geneigt waren, sich gegen ein geringes Zugeständnis der Regierung mit der jetzigen Regierungsvorlage einverstanden zu erklären, hat das Zentrum, wie es heißt, unter keinen Umständen von den Beschlüssen der Budgetkommission und der zweiten Lesung abgehen wollen. Ob es noch möglich sein wird, eine Sinnesänderung bei der Zentrumspartei herbeizuführen, erscheint in diesem Augenblick noch fraglich.

Zur Dualfrage versendet Rechtsanwalt Dr. Halpert als Vertreter der Duala ein ihm aus Kamerun zugekommenes Telegramm, in dem die Behauptung aufgestellt ist, daß die Vorgänge, die zur Verhaftung Bells wegen Hochverrats geführt haben, auf Küstenklatsch beruhten. Dieser Behauptung wird offiziös entgegengehalten, daß die Meldung über die Aufrührabsichten der Duala durch den weit im Innern wohnenden Oberhäuptling Joja von Bamum durch Vermittlung der Mission erstattet worden ist, daß sie also weder auf Küstenklatsch, noch, wie Herr Dr. Halpert annimmt, auf Anzeigen schwarzer Spitzel beruht.

Eine Reichstags-Neuwahl wird für den Wahlkreis Koburg notwendig werden, indem der bisherige Abgeordnete Regierungsrat Dr. Duard, nach Meldungen dortiger Blätter, die ihm angebotene Chefstelle der koburgischen Ministerialabteilung angenommen hat.

Zum Arbeitsplan des Abgeordnetenhauses. Im preussischen Abgeordnetenhaus haben sich die Fraktionen geeinigt, die Beratung des Etats am 19. Mai abzuschließen und vom 21. Mai (Himmelfahrt) bis 8. Juni Pfingstferien eintreten zu lassen. Nach Pfingsten sollen Fischerei- und Fideikommissgesetz in erster Lesung beraten und die Besoldungsnovelle, das Eisenbahnanleihegesetz und kleine Vorlagen verabschiedet werden. Es muß, der „Tgl. Anz.“ zufolge, damit gerechnet werden, daß der Landtag bis zum 19. Juni zusammenbleibt. Ob nach diesem Termine noch Kommissionen tagen werden, ist noch fraglich.

Das Scheitern der Arbeitslosenversicherungsvorlage in Bayern ist nunmehr endgültig besiegelt, nachdem der Finanzausschuß der Abgeordnetenversammlung dieser Tage einstimmig beschlossen hat, dem Reichsratsbeschuß nicht beizutreten, der bekanntlich die Verwendung der von der Regierung zur Unterstützung der gemeindlichen Arbeitslosenversicherung geforderten Summe von 75 000 M. ablehnt und dieses Geld lediglich „zur Förderung der gemeindlichen Arbeitsvermittlung, gemeindlicher Rechtsauskunftstellen und dergleichen in den Etat eingestellt wissen will. Da auch das Plenum den Beschluß des Ausschusses sanktionieren wird, so ist die Vorlage als gescheitert anzusehen; denn es besteht keine gesetzliche Möglichkeit, sie etwa zu nochmaliger Vorbescheidung in die Erste Kammer zurückzuverweisen.

Deutscher Reichstag.

265. Sitzung. § Berlin, 12. Mai 1914.

Der Reichstag setzte heute bei sehr starker Beteiligung die Beratung über den Militäretat zum siebenten Male fort. Mit einer Klage über unzulässige Beschränkungen des Koalitionsrechts der Militärwerftarbeiter begann der Sozialdemokrat Böhner, die zu einer Wiederholung der bekannten Erklärung vom Bundesratstische ausführte, daß nach der staatlichen Arbeitsordnung keine Arbeiter angestellt werden, die sozialistischen Bestrebungen Vorschub leisten oder den Frieden zwischen der Verwaltung und der Arbeiterschaft stören. An diesem Standpunkte will die Verwaltung festhalten. Dem Gedanken, daß die Arbeiter das Gefühl hätten, bei energischem Auftreten ihre Stellung zu riskieren, gab der Zentrumssprecher Trimborn Ausdruck. Von der Besoldungsvorlage verriet er, daß sie heute nicht gerade so stehe als gestern, was vom Hause mit resignierter Heiterkeit aufgenommen wurde. Für eine Vermehrung der Ingenieure in den technischen Instituten sprach der Fortschrittler Weinhausen; nach seiner Ansicht überwiegt die Zahl der Offiziere in diesen Anstalten viel zu stark. Der Wunsch des Handwerkerbundes dieser Institute nahm sich der Konfession von Gräfe an. Obwohl für das Kapitel Artillerie- und Waffenswesen noch eine stattliche Reihe von Rednern auf der Liste stand, geschah nun etwas im Reichstage seit langem Unerhörtes: unter lebhaftem Beifall der bürgerlichen Parteien wurde gegen die Sozialdemokraten ein Schlußantrag angenommen. Zur Annahme gelangte eine Entschließung der Fortschrittler auf Regelung der Dienststunden, der Sonntagsruhe und des Urlaubes der unteren Beamten. Dann gab der Abg. Schirmer (Ztr.) seinem Bedauern Ausdruck, daß für die Arbeiter der Militärverwaltung noch immer keine Pensionstafel eingerichtet sei. Die Verwaltung erklärte eine solche Einrichtung nicht für empfehlenswert, weil die Vorteile den hohen Beiträgen nicht entsprächen. Damit war die zweite Lesung des Militäretats beendet, und man wandte sich der Duala-Angelegenheit zu.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

79. Sitzung. § Berlin, 12. Mai 1914.

Die heutige Debatte war beinahe ein einziger Widerhall der stundenlangen Rede, mit der gestern der Sozialdemokrat Hänsch als letzter Redner das Haus beglückte hatte. Die eingehende Rede, mit der heute der Kultusminister die Debatte eröffnete, war fast ausschließlich an die Adresse dieses sozialdemokratischen Dauerredners gerichtet.

Ausland.

Großbritannien.

Die neue Einkommensteuer.

Im Verlaufe der Budgetdebatte erklärte der Finanzminister Lloyd George im Unterhause, er gebe zu, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Einkommensteuer auf nicht selbstständige Einkommen bei kleinem Einkommen eine gewisse Härte bedeuten können. Dann verteidigte er das Budget gegen den Vorwurf der Unionisten, daß in ihm eine Art Verschwendungspolitik sich breitmache und wies die Beschuldigung zurück, daß er in die Finanzpolitik Gefühlspolitik mische, indem er mit erhobener Stimme erklärte, daß Millionen im Lande sich in Empörung über ihre Lage erhoben; wenn die Reichen und Vermögenden sich nicht rechtzeitig anschickten, für ihre weniger begüterten Mitbürger Opfer zu bringen, so werde der Tag nicht allzu fern sein, wo sie mit Erstaunen und Bedauern darauf zurückblicken würden, daß sie gegen eine an und für sich doch sehr geringe Einkommensteuer als „Versicherung gegen die Revolution“ protestiert hätten.

Balkan.

Ueber die Verhandlungen auf Korfu

liegen immer noch so gut wie keine bestimmten Nachrichten vor. Aus Durazzo weiß die Albanische Korrespondenz zu melden, daß infolge des Beschlusses, den die internationale Kontrollkommission in Korfu gefaßt hat, sowohl die albanische Regierung wie Zographos die notwendigen Anordnungen zur Festsetzung der neutralen Zone in Epirus verfügt haben. Durch diese neutrale Zone, die nach dem Stande der Operationen vom 9. Mai abgegrenzt wird, sollen Zusammenstöße zwischen den beiderseitigen Kombattanten verhütet werden.

Inzwischen schreibt

die Bildung der albanischen Miliz

erfolgreich fort. In Korika sind bereits 400 Mann aus Dibra, 1000 Mann aus Elbasan und 200 Mann aus Starowa eingeetroffen. 1000 Freiwillige aus Tirana unter Abdirekt und Murad Bei Toptani sind auf dem Marsch nach Korika. Die Regierung hofft, dort in wenigen Tagen über 5000 Bewaffnete verfügen zu können; die Zahl dürfte noch erheblich steigen. Auch zwölf Maschinengewehre sind unterwegs dorthin.

Mexiko.

Ein neuer Zwischenfall.

Da Huerta die Abschung aller Leuchttürme an beiden Küsten Mexikos angeordnet hatte, erlitten nordamerikanische Torpedoboote bei der Insel Lobos, auf der sich der wichtigste Leuchtturm zwischen Veracruz und Tampico befindet, und besetzten diesen Turm, um die Leuchttürme brennend erhalten zu können. Dagegen legte nun der mexikanische Minister des Aeußern Ruiz bei den Friedens-

biologischen. Wie wunderbar sind die Worte Christi von der Haggale, von denen eine die Schätze der Welt, die andere das Himmelreich hält. Was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele. Wenn Gott seinen Geist hineinhaucht, dann geht's aufwärts. Wir müssen warten! Christen sind Menschen, die warten können. Und wenn wir wissen, was wir wollen, besser, was Gott der Herr von uns will, dann können wir warten. Unsere Zeit wird kommen. Pic. Mumm schließt mit den Worten Adolf Stöckers: Christlich ist die Lösung für die Ewigkeit, Sozial für unsere Zeit, Christlich-sozial die Lösung unserer Zeit im Lichte der Ewigkeit.

Generalsekretär Ruff sprach in der freien Aussprache unseren Abgeordneten den Dank der Versammelten aus für ihre mühevolle Arbeit, die sie mit großer Freude getan.

Pastor D. Philipps ergriff dann noch einmal das Wort, um seine ganze machtvolle Persönlichkeit einzusetzen für den Dank, den wir unsern Abgeordneten schuldig sind. So sagte er von Behrens ein Wort, das schöner einen Mann nicht sein kann; er sprach von der Bescheidenheit dieses Mannes, der das Ohr unserer Staatsbehörden in hohem Maße besitzt, von seiner Schlichtheit, die wahres Christentum schafft. Es besteht oft ein Widerstreit, wann der nationale und wann der soziale Gedanke in den Vordergrund treten soll. Pastor D. Philipps wies auf die treffliche Lösung hin, die Viz. Mumm gegeben. — Wir sind Deutsche, und wollen Deutsche sein und bleiben. Wir sind Christen und wollen unsern Brüdern dienen, wo die Not am größten ist. Auch er schloß mit einem Stöckerwort: Gott zu Liebe, unserem Volk zum Heil und uns selbst zum Segen.

Reichstagsabgeordneter Dr. Burckhardt sprach das Schlußwort, und vortrefflich wies er nochmals auf die Bedeutung des christlichen Gedankens hin, wenn ein Volk in möglichster Einrichtung verwahrloste, dann folge alles andere hinterher. Er führte die Worte des Kriegsministers an: Wenn die Leute alle Christen wären, dann gäbe es keine Feinde, wenn sie alle Christen wären, dann gäbe es auch keine Soldatenmishandlungen. Nachdem Herr Krug noch die Grüße des Hamburger christlich-sozialen Vereins überbracht hatte, schloß Pic. Mumm den Gantag nach 21stündiger

Lokales und Provinziales.

Dillenburg, den 13. Mai 1914.

Wer hat die Invalidenversicherungsbeiträge für eine bei mehreren Arbeitgebern beschäftigte Aufwartefrau zu zahlen. Grund- sätzlich ist der Beitrag zur Invalidenversicherung von dem Arbeitgeber zu entrichten, der den Versicherten die Woche hindurch beschäftigt. Beschäftigt aber mehrere Arbeitgeber den Versicherten während der Woche, so zahlt der erste von der ganzen Woche. Hat er es unterlassen, so muß der nachfolgende Arbeitgeber zahlen, kann von dem ersten aber Ertrag verlangen. Wenn nun aber der Versicherte gleichzeitig von mehreren Arbeitgebern beschäftigt ist, so haften alle als Gesamtschuldner, d. h. jeder von ihnen ist zur Zahlung verpflichtet. Was heißt nun: „Beschäftigung durch mehrere Arbeitgeber“ und „gleichzeitige Beschäftigung durch einen Arbeitgeber“? Auf den ersten Blick mag hier kaum ein Unterschied erkennbar sein, und doch sind ganz verschiedene Arbeitsverhältnisse damit gemeint. „Gleichzeitige Beschäftigung“ durch mehrere Arbeitgeber bedeutet, daß die Beschäftigung von allen zu gleicher Zeit, also richtiger ausgedrückt: gemeinsam, erfolgt. Beschäftigung durch mehrere Arbeitgeber aber ist eine nacheinander folgende, jede Woche in gleicher Weise bei denselben Arbeitgebern wiederholte Beschäftigung. Eine gemeinsame oder gleichzeitige Beschäftigung liegt dann vor, wenn der Versicherte in einem Betrieb beschäftigt ist, an dem mehrere Arbeitgeber mit mehreren Mitgeleitern reingit. Sie haften alle gemeinsam für die Beiträge. Der am weitesten häufigste Fall ist jedoch der, wo die Aufwartefrau im Laufe des Tages an verschiedenen Stellen ihre Dienste verrichtet. Hier ist der Arbeitgeber zur Zahlung des Beitrages verpflichtet, der die Beschäftigung bei Beginn der Beitragswoche, also am Montag, zuerst beschäftigt. Er muß den Beitrag zahlen, mag die Arbeit bei ihm die Arbeitskraft der Versicherten auch nur zum geringsten Teil beanspruchen.

Eisenbahndirektion Frankfurt. Die Länge des dem Frankfurter Eisenbahndirektionsbezirk angehörenden Strecken beträgt zurzeit 1964 Kilometer; hiervon sind 789 Klm. ein- und mehrgleisig, 953 Kilometer eingleisig und Nebengleise und 129 Kilometer Anschlußgleise. An Bahnhöfen sind vorhanden 19 erster Klasse, 145 zweiter Klasse, 260 dritter Klasse und 102 Haltestellen. Im Bau befinden sich augenblicklich folgende Linien: Stadthausen—Weilstein 15,5 Klm., die Umgehungsbahn bei Bebra 4,7 Klm., die Verbindungs- linie bei Gießen 5 Klm., Saiger—Gusternhain 16,7 Klm., Gießen—Grobenu 21 Klm. und die selbständige Einführung der Gomburger Bahn in den Hauptbahnhof Frankfurt 5 Klm.

Saiger, 12. Mai. Ein groben Unfug leistete man hier vergangene Nacht. Anlässlich der 3. St. im Nationalarrangierten Altertumsausstellung waren vor dem Saiger zwei alte Kanonen aufgestellt. Es machten sich die Besucher zu laden und abzufeuern. Es ist beargwünkt, daß die Einwohner, zumal in unmittelbarer Nähe des Saigerplatzes, durch einen derart heftigen Schuß in mitten der Nacht in nicht geringen Schrecken versetzt wurden.

Berscheid, 13. Mai. Die Rote Kreuz-Sammlung Schale aufgebracht worden. Außer einigen Schülern hatten auch Lehrer vom Krieger-, Turn-, Frauen- und Jungfrauenverein beim Sammeln teilgenommen. — Wenn die Arbeiten am Schicksal des hiesigen Kriegervereins so weiter fortgesetzt werden, kann voraussichtlich bei einigermaßen gutem Wetter am nächsten Sonntag mit dem Schießen begonnen werden.

Wissenbach, 13. Mai. Am vergangenen Samstagabend fand dahier die Generalversammlung der Spar- und Darlehnskasse statt. Der Besuch war gegen frühere

Jahre ein guter. Es wurde zunächst die Rechnung und Bilanz für das Jahr 1913 vorgelegt, geprüft und der Vorstand, der Rechner und der Aufsichtsrat entlastet. Der Reingewinn betrug 650 Mark, derselbe wurde dem Reservefonds zugeschrieben, sodaß dieser jetzt annähernd 6000 Mk. beträgt. Der Umfang des Betriebskapitals wurde auf 200 000 Mk. festgesetzt, da jetzt die Grenze mit 150 000 Mk. erreicht ist. Der Prozentsatz für Darlehen in laufender Rechnung und für Darlehen auf Bürgschaft wurde von 4 1/2 auf 4 3/4 v. H. erhöht. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Lehrer W. Müller und Friedrich Weg wurden wiedergewählt, ebenso die beiden ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats Heinrich Müller und Heinrich Roth. Da noch verschiedene interne Angelegenheiten zur Besprechung auf der Tagesordnung standen, konnte die Sitzung erst gegen 4 Uhr geschlossen werden.

*** Herborn, 13. Mai.** Die Frühjahrsgesellenprüfung für Schreiner hat vorgestern vor dem Prüfungsausschuss für den Amtsbezirk Herborn stattgefunden. Den Vorsitz führte Herr Schreinermeister W. Hoffmann, als Meister-Besitzer fungierte Herr Schreinermeister R. Schäfer und als Gesellen-Besitzer Herr S. Ries, sämtlich von hier. Die Prüflinge bestanden ihre Prüfung mit „gut“ resp. „ziemlich gut“.

Biedenkopf, 10. Mai. In Banse hat ein Steinbruchunternehmer im Verlauf eines Streites mit seinen Arbeitern einem von den letzteren einen Steinmeißel derart an die Brust geworfen, daß derselbe sich in die Lunge bohrte und der Betroffene bald darauf starb.

*** Weilburg, 12. Mai.** Hier tagte gestern der 21. Verbandstag des Gastwirtsverbandes Nassau und am Rhein. Zur Errichtung eines Erholungsheims für Gastwirte sind durch eine veranstaltete Sammlung 500 Mark eingenommen. Eine Denkschrift über die Lage des Gastwirtsstandes soll an die Reichstagsabgeordneten und die Behörden verandt werden. Weiter wurde u. a. beschlossen, für die Verschmelzung des Bundes deutscher Gastwirte mit dem deutschen Gastwirtsverband einzutreten.

*** Frankfurt a. M., 12. Mai.** (Verschiedenes). Das Konkursverfahren über den verstorbenen Bankier Heß ist bis auf die Schlussverteilung beendet. Die Gläubiger erhalten knapp ein Prozent ihrer Forderungen, die rund 555 213 Mark betragen. Zur Verfügung stehen jedoch nur 5911,26 Mark, wovon noch Gerichtskosten und Konkursverwaltergebühren in Abzug kommen. — Der Prozeß gegen den Rechtsanwalt Dr. Fehrl wegen Bestechung von Gefängnisbeamten zur Erlangung von Klienten, der am Donnerstag zur Verhandlung kommen sollte, wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Im ganzen soll Dr. Fehrl dem Aufseher 126 Mk. gegeben haben. Hierfür hat er bereits 4 Wochen in Untersuchungshaft gesessen, 1000 Mk. Disziplinarstrafe bezahlt und seine Entlassung aus dem Anwaltsstande erhalten. Zudem erklärte ihn Medizinalrat Dr. Roth für geistig minderwertig. — Der Frankfurter Hotelier-Verein hat ein Mitglied, das Direktor eines der ersten hiesigen Häuser ist, mit 300 Mk. Geldstrafe belegt. Der Direktor hatte entgegen der Vereinbarung Bahnbeamten für die Ueberweisung von Reisenden Tringelber verabsolgt. — Bei einem Transport von vergoldeten Bestecken vom „Frankfurter Hof“ nach dem „Englischen Hof“ stahl der Hausdiener Alexander Groth 34 vergoldete Messer im Werte von 500 Mk. und versuchte sie zu „verfilbern“. Er wurde erwischt und verhaftet. Bei seiner Vernehmung fand man auch Papiere, die auf den Namen Bruno von Houffonville lauteten; sogar als Einjähriger eines Garderegiments hatte er sich photographieren lassen. Die Polizei vermutet, daß keiner der beiden Namen der richtige ist.

*** Höchst a. M., 12. Mai.** Beim Auflegen eines Treibriemens stürzte in den Farbwerken der Schlosser Stang von einer Leiter sechs Meter tief ab. Er wurde anscheinend erheblich verletzt dem Krankenhaus zugeführt.

*** Höchst a. M., 12. Mai.** Der seltene Fall, daß eine Turnhalle zwangsweise verkauft wird, trat heute hier zu. Auf die mit einer Hypothekenschuld von 105 000 Mk. belastete Turnhalle der Turngesellschaft wurden im Versteigerungstermin von den Farbwerken 78 000 Mk. geboten. Der Zuschlag wurde noch nicht erteilt.

*** Hochheim a. M., 12. Mai.** Nach mehrjähriger Pause konnte am 10. Mai wieder eine sogenannte Mai- oder Rosenbraut aus den Mitteln einer reichen, bald hundert Jahre alten Stiftung unterstützt werden. Der Mainzer Kriegsrat Edel, der hier vor hundert Jahren wohnte, bestimmte im Jahre 1816 sein etwa 8160 Gulden betragendes Vermögen zu einer Stiftung, aus deren Zinsen am 10. Mai jeden Jahres ein oder auch zwei unbescholtene bedürftige Mädchen die Aussteuer für die am gleichen Tage stattfindende Trauung erhalten soll. Bei der kirchlichen Trauung hatte die Braut als Zeichen ihrer Jungfräulichkeit eine große weiße natürliche Rose zu tragen. In diesem Jahre erhielt eine junge Braut, Anna Loos die Zinsen der jetzt 18000 Mk. betragenden Stiftung; ihre Trauung fand den Bestimmungen gemäß am 10. Mai statt.

*** Oberursel, 12. Mai.** In der Vorstadt wurde ein junges Mädchen von einem Automobil überfahren und im Gesicht und an den Händen verletzt. Die Schuld trifft den Wagenführer.

Wischheim, 13. Mai. Die dieser Tage durch Blitzschlag gelähmte Frau ist jetzt gestorben, auch das Befinden des Sohnes ist noch besorgniserregend.

Neueste Nachrichten.

Eisenbahnunglück.

Kassel, 13. Mai. Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich auf der noch im Bau befindlichen Strecke Corbach-Brilon zugetragen. Zwischen den Stationen Waldbungen und Brilon stürzte ein Arbeitszug des Unternehmers Marx vom Eisenbahndamm herab, wobei der Lokomotivführer getötet und mehrere andere Personen schwer verletzt wurden.

Reichstagschluß.

Berlin, 13. Mai. In Regierungskreisen wird angenommen, daß der Reichstag am 20. Mai seine Ferien be-

ginnen wird. Auf eine Vertagung nach Pfingsten dürfte verzichtet werden. Die Frage Schluß oder Vertagung wurde ursprünglich vom Schicksal der Beschlüsse der Vorlage abhängig gemacht.

Die vergifteten Speisen im Hotel.

Celle, 12. Mai. Eine schwere Speichervergiftung hat sich in einem hiesigen großen Hotel ereignet. Nach dem Essen erkrankten plötzlich vier Mädchen des Hotels, darunter eine so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Gestern Abend erkrankte auch ein Ingenieur, der regelmäßig in dem Hotel zu speisen pflegte, nach dem Abendessen sehr schwer. Er ist heute mittag unter Vergiftungserscheinungen gestorben. Die Staatsanwaltschaft hat die Leiche beschlagnahmt und die Obduktion angeordnet. Auch andere Personen sollen erkrankt sein. Sie verkehrten gleichfalls im Hotel.

Durch Feuer vernichtet.

Alt-Oborn, 13. Mai. Das ehrwürdige aus dem 14. Jahrhundert stammende Gotteshaus ist ein Raub der Flammen geworden. Alles Wertvolle, das die Kirche enthielt, ist vernichtet. Auch der Glockenturm ist eingestürzt. Nur die Mauern sind stehen geblieben. Ueber die Ursache des Brandes hat sich noch nichts Sicheres ermitteln lassen.

Roosevelts Entdeckungen.

Paris, 13. Mai. Der „New-York Herald“ veröffentlicht eine Depesche, in der Roosevelt seine ersten Angaben über die in Brasilien gemachten Entdeckungen aufrecht erhält. Der Expräsident bestätigt, daß er einen riesigen Fluß entdeckt habe, der bisher auf den geographischen Karten nicht verzeichnet gewesen sei. Roosevelt fügt hinzu, daß er untrügliche Beweise habe, zumal er ja auch von zahlreichen Gelehrten begleitet gewesen sei.

Zum Zarenbesuch in Paris.

Paris, 13. Mai. In hiesigen gut informierten russischen Kreisen erklärt man, daß der Zar im Laufe des Monats Oktober den Besuch des Präsidenten Poincaré erwiden werde. Das Journal erklärt hierzu, daß die diplomatischen Verhandlungen über diesen Punkt noch nicht begonnen hätten und daß es als verfrüht anzusehen sei, den Monat Oktober als feststehend für einen Besuch anzusehen.

Der Aetna in Tätigkeit.

Rom, 13. Mai. Professor Rizzo meldet: Der Vulkan ist seit gestern in einer neuen Eruptionsphase. Der Hauptkrater ist voll glühender Lava und es entsteigt ihm ein dichter Qualm. Der Aschenfegel zittert unter dem Druck der inneren Spannung.

Explosion im Tunnel.

Madrid, 13. Mai. In dem im Bau begriffenen Tunnel zwischen Juzo und Canfranco ereignete sich gestern nachmittag eine furchtbare Dynamitexplosion, durch die drei Arbeiter getötet und die Arbeiten im Tunnel fast völlig zerstört wurden. Man befürchtet, daß noch weitere Opfer unter den Trümmern liegen.

Spanischer Sieg in Marokko.

Madrid, 13. Mai. Den spanischen Truppen unter dem Oberbefehl des Generals Sylvestre ist es gelungen, den aufständischen Stämmen eine schwere Niederlage in der Nähe von Wueflla beizubringen. Die Spanier, ca. 6000 Mann stark, überrumpelten die Marokkaner und zwar hauptsächlich den mächtigen Stamm der Beni-Aros, vorgestern früh beim Morgengrauen, indem sie die Marokkaner zwischen zwei Feuer nahmen. Diese flüchteten zuerst, sammelten sich jedoch bald darauf wieder und leisteten den Spaniern bis in die Nachmittagsstunden hinein heftigen Widerstand, bis sie schließlich den Kampfplatz räumten und Hunderte von Toten und Verwundeten zurückließen. Die Verluste der Spanier betrugen 6 Tote und 16 Verwundete. Die Hartnäckigkeit des Widerstandes der Marokkaner ist damit zu erklären, daß Raisuli selbst ihr Anführer war.

Dresden, 13. Mai. Der sächsische Kriegsminister Freiherr von Hauffen wird nach Schluß des Landtages zurücktreten.

Weg, 13. Mai. Der Kaiser ist gestern Abend 11 Uhr mit einem Sonderzuge nach Wiesbaden abgefahren.

Kolmar, 13. Mai. An einer in der Nähe der französischen Grenze gelegenen Schlucht hat sich ein rätselhafter Mord ereignet. Am Sonntag Abend hatten sich dort zwei elegant gekleidete Franzosen ein Auto bestellt, um über die Schlucht nach Frankreich zu fahren. Am Montag morgen sollte der 22jährige Chauffeur Kohler die Franzosen abholen. Als er bis gestern nicht zurückkehrte, forschte man nach seinem Verbleib. Beim Abfuchen der Straße fand man in der Nähe des Friedhofes das Automobil, das Blutspuren aufwies. Mit Hilfe eines Polizeihundes fand man die Leiche des Chauffeurs, der an einem Abhang der Grenzschlucht hinuntergeworfen worden war. Die nähere Untersuchung ergab, daß der Chauffeur ermordet und zur Verdeckung des Verbrechens den Abhang hinabgeworfen worden war. Allem Anschein nach hatten es die Verbrecher auf die Summe abgesehen, die die Chauffeurs beim Ueberschreiten der Grenze hinterlegen müssen. Da sich noch 600 Mark in der Tasche des Ermordeten fanden, so müssen die Raubmörder höchstwahrscheinlich bei ihrer Tat gestört worden sein.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Karl Klose, Herborn

Weilburger Wetterdienst.

Boransichtliche Bitterung für Donnerstag, den 14. Mai. Vielfach wolkig, doch nur strichweise leichte Regenfälle, ziemlich kühl.



Steckenpferd-Seife
die beste Lilienmilch-Seife
von Bergmann & Co., Radobul, für zarte weiße Haut und blendend schönen Teint, à Stück 50 Pfg. Überall zu haben.

